

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0053/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Keine Ehrung für Antisemit:innen im öffentlichen Raum!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, eine Kommission einzurichten, die sich auf Basis des Berichts des Berliner Antisemitismusbeauftragten vom Dezember 2021 kritisch mit Namen von Straßen und Plätzen im Bezirk auseinandersetzt, die antisemitische Bezüge aufweisen. Die Kommission soll folgendermaßen und geschlechterquotiert zusammengesetzt sein:

- 2 Vertreter:innen jüdischer Organisationen
- 2 Historiker:innen, die zur Geschichte des Antisemitismus und Nationalsozialismus forschen
- 1 Vertreter:in einer zivilgesellschaftlichen Organisation (wie bspw. Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)
- 2 Vertreter:innen des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf
- 1 Vertreter:in der Bezirksverwaltung

Die Kommission legt in ihrer ersten Sitzung fest, in welchem Zeitraum und Umfang sie tagt und benennt ein Zieldatum für die Vorlage eines Abschlussberichts. Für alle im Bericht genannten Straßen und Plätze im Bezirk sollen der BVV Vorschläge unterbreitet werden, ob jeweils eine Kontextualisierung oder gegebenenfalls eine Umbenennung zielführend ist, und welche Formen der historischen Auseinandersetzung mit Orten und Straßen mit antisemitischen Bezügen gewählt werden sollte. Die zuständigen Ausschussmitglieder sind über den Fortgang der Beratungen quartalsweise von der Kommission zu informieren. Sobald der Abschlussbericht der Kommission vorliegt, soll dieser im zuständigen Ausschuss beraten werden. Darüber hinaus soll der Abschlussbericht im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit Bürger:innen diskutiert werden.

Im Falle einer empfohlenen Umbenennung von Straßen oder Plätzen soll das Bezirksamt analog zur Umbenennung der Wissmannstraße im Vorfeld einen Ideenwettbewerb sowie eine Diskussionsveranstaltung mit Anwohner:innen und Initiativen durchführen.

Der BVV ist zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

Im Auftrag des Berliner Antisemitismusbeauftragten hat der Politologe Felix Sassmannshausen Berliner Straßen und Plätze nach antisemitischen Bezügen untersucht und ist in 290 Fällen fündig geworden. Viele der im Bericht problematisierten Straßen liegen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Damit sind Bezirksamt und BVV aufgefordert, sich mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung darf nicht losgelöst von der Zivilgesellschaft stattfinden, sondern muss mit ihr gemeinsam in einem Dialogprozess in Gang gesetzt werden. In vielen Fällen wird im Bericht eine Kontextualisierung, in anderen auch eine Umbenennung vorgeschlagen. Dies gilt es umfassend im Rahmen einer Expert:innenkommission zu diskutieren. Der Bericht dieser Kommission muss die Grundlage für den Umgang des Bezirks sowie den im Bezirk lebenden Menschen mit dem historischen Erbe und der Tatsache finden, dass Antisemitismus leider noch immer im öffentlichen Raum präsent ist.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Spielberg/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0015/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Gedenkstätte für die Opfer der Corona-Pandemie

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit dem Land Berlin auf dem Joachimsthaler Platz oder einem anderen gleich stark von Fußgängern und Fußgängerinnen frequentierten öffentlichen Platz im Bezirk eine Gedenkstätte für die trotz des unermüdlichen Einsatzes des medizinischen Personals an und mit Covid-19 Verstorbenen zu errichten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

Während der Corona-Pandemie sind bis heute in Deutschland 112.579 und in Berlin allein 4.020 Todesfälle gemeldet worden (Zahlen des Robert-Koch-Instituts, Website eingesehen am 04.01.2022). Vielen Menschen war es nicht möglich, sich noch von ihren Familienangehörigen und Freunden zu verabschieden. Es ist nötig, für die Hinterbliebenen einen Ort des Innehaltens und der Trauer im Öffentlichen Raum an einem belebten Platz zu schaffen und damit auch zu verdeutlichen, dass diese Pandemie existiert.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0104/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erinnerung an die Anfänge der deutschen Aidshilfe

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen, dass vor dem Haus in der Niebuhrstraße 71 in Charlottenburg-Wilmersdorf an die Anfänge der deutschen Aidshilfe in geeigneter Form erinnert wird. Das Bezirksmuseum ist mit ihren Recherchen zur Ausstellung „Nothing that ever was changes“ zu queeren Orten in Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Planung und Umsetzung miteinzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

In der damaligen Wohnung des Aktivisten Stefan Reiß, in der Niebuhrstraße 71, starteten Anfang der 1980er Jahre die Krankenschwester Sabine Lange, Stefan Reiß und andere Aktivist*innen die ersten provisorischen Hilfs- und Informationsangebote zu HIV/AIDS. Aus diesem Engagement ging die Deutsche Aidshilfe hervor, die dann im Herbst 1983 gegründet wurde und bis heute eine deutschlandweite und international anerkannte Organisation, die sich seit 40 Jahren für Menschen mit HIV/AIDS einsetzt. Dieses enorm wichtige Engagement, sollte in der Erinnerungskultur des Bezirks sichtbar sein.